



Blick auf den Bahnhof Hegi: Die Baugrube der DGM Mori (links) markiert künftig das Ende der Industriezone. Trotz Opposition der GLP beschloss der Gemeinderat, das Land beim Bahnhof zur Mischzone zu machen. Bild: Marc Dahinden

# Die Weichen in Neuhegi sind gestellt

Das Parlament hat die Planungen für das Wachstumsgebiet Neuhegi-Grüze gestern klar gutgeheissen. Einzig die GLP wehrte sich gegen die Vorlage. Sie beklagte, dass auf Kosten von noch mehr Wohnungen Industrieland geopfert werde, kämpfte aber auf verlorenem Posten.

MARC LEUTENEGER

Dass die Zukunft eines ganzen Stadtquartiers auf dem Spiel stand, war gestern im Gemeinderat nicht zu überhören. Fast zwei Stunden lang wurde über die Mammutplanungsvorlage für das Gebiet Neuhegi-Grüze diskutiert. Allein sechs Referenten aus der Baukommission traten auf, um die einzelnen Puzzleteile der Vorlage vorzustellen. Die Kommission hatte zuvor ein Jahr lang über den Details gebrütet, in 13 Sitzungen. Anders veranschaulicht: Allein die Druckkosten für die vielen Pläne und Papiere der dreijährigen Arbeiten beliefen sich auf 25'000 Franken.

Die Vorlage beinhaltet, verkürzt gesagt, Folgendes: Je einen Gestaltungsplan für die Zonen um den Bahnhof Grüze (Nummer 1 in der Karte) und um den Bahnhof Hegi (2). Hier sollen Mischzonen entstehen, mit Gewerbe, Büros und einem maximalen Wohnanteil von 50 Prozent, der Rest ist für Arbeitsplätze reserviert. Für die Indus-

triezone (3) werden neue Regeln festgelegt: Verkehrsintensive Nutzungen wie etwa Baumärkte stehen auf der Verbotsliste, und auch Büros dürfen nur dann in grosser Zahl entstehen, wenn sie in direktem Zusammenhang mit ansässigen industriellen Betrieben stehen. Zum Paket gehören auch ein Grüngürtel, für den die privaten Landeigentümer – die von den Umzonungen kräftig profitieren – Land abtreten und einen Teil ihrer Gewinne hergeben müssen. Sowie ein Konzept für den Velo- und Fussgängerverkehr.

## Bürgerliche ins Boot geholt

Die Vorlage war nach Bereinigungen im Vorfeld gestern fast unbestritten. So war gegenüber den ersten Plänen eine zweite Baumreihe in der Sulzer-Allee auf Wunsch der Industrie gestrichen worden. Ausserdem verzichtete man in der Industriezone (3) auf die Vorschritt, dass neue Betriebe zwingend ein Mobilitätskonzept erarbeiten müssen. Diese Änderungen, die SP und

Grüne als eine Kröte schluckten, holte die Bürgerlichen ins Boot.

Gegen die Vorlage wendeten sich allein die Grünliberalen. Die Partei, die sonst oft allein über Mehrheiten entscheidet, stand für einmal allein auf weiter Flur. Das Pièce de Résistance: Beim Bahnhof Hegi wird Industrieland in eine Mischzone umgezogen. Die GLP hingegen plädiert für die Devise «Industrieland soll Industrieland bleiben», wie Beat Meier sagte. Die Umzonung mehrde die Gefahr, dass Winterthur endgültig zum «Wohnsilo» im Kanton Zürich verkomme. Meier stellte bezogen auf den Gestaltungsplan Bahnhof Hegi einen Ablehnungsantrag – und auch gleich den Eventualantrag, den maximalen Wohnanteil in diesem Gebiet auf 30 Prozent zu beschränken.

Mit Felix Landolt (SP) und David Schneider (FDP) bekundeten zwar zwei Kommissionskollegen Sympathien für den Vorbehalt der GLP, sie lehnten die Anträge dennoch ab, zusammen mit ihren Fraktionen. «Wir würden auf Feld eins zurückgeworfen», sagte Landolt. Schneider drückte es so aus: «Das ganze Kartenhaus der Verträge mit den Landeigentümern würde in sich zusammenfallen.» Lilian Banholzer (EVP) beklagte zwar, dass dem Parlament eben wegen

dieser Verträge wenig Entscheidungsfreiheiten blieben. Auch ihre Partei lehnte die GLP-Anträge aber ab. Walter Langhard (SVP) lobte die Planung als «guten Kompromiss», Matthias Baumberger (CVP) lobte die Verwaltung.

## Ein umstrittenes Motörchen

Jürg Altwegg (Grüne) sagte, in den Mischzonen könnten sogar mehr Arbeitsplätze entstehen als in Industriezonen. Meier tat dies als Hypothese

ab. Bauvorsteherin Pearl Pedernana (SP) bezeichnete den Wohnanteil als «Anreiz für Investoren». Meier hingegen meinte, «wir brauchen das Motörchen Wohnungsbau nicht».

Das half nichts. Die GLP-Anträge fielen bei der Mehrheit durch, welche die Vorlage ohne Änderungen verabschiedete. «Ob wir richtig geplant haben, wissen wir erst im Nachhinein», hatte Pedernana da bereits gesagt. Bis das Gebiet überbaut ist, kann es 2040 werden.



## Zukunftsplan für Theater gefordert

Ursina Meier (SP) wollte vom Stadtrat wissen, wie es um die Zukunft des Stadttheaters steht. Die Mitarbeiter würden um ihre Stellen bangen. Sowohl die Finanzierung der Renovation als auch die zukünftige Trägerschaft und die Rechtsform des Theaters seien nicht geklärt. Deshalb reichte Meier eine dringliche Interpellation ein, die vom Parlament unterstützt wurde. Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) antwortete vage. So viel könne er schon sagen: Die Renovation werde auf 40 Millionen Franken geschätzt, «wir glauben aber, dass es auch mit weniger geht». Eine Arbeitsgruppe sei sich einig, dass eine neue Trägerschaft in Frage kommen könnte. Der Stadtrat wolle noch vor Verabschiedung des Kulturleitbildes konkreter werden. Zu klären seien etwa auch die Finanzkompetenzen, sagte Künzle – was Martin Zehnder (GLP) zur Feststellung provozierte, eine Gebundenheitsklärung würde der Rat schwerlich goutieren. (cor)

Auch Parlamentarier haben Fragen. Gestern wollten sie vom Stadtrat wissen, wieso Buschauffeure in Bern netter sind und wann die Stadt eine eigene Wetterstation bekommt.

NADINE KLOPFENSTEIN

Es sei keine grosse Geste, sagte David Schneider (FDP) gestern an der Fragestunde im Parlament. Aber ein freundliches «Schönen Abends» beim Aussteigen nach einer Busfahrt habe er in Winterthur noch nie gehört. In Bern gehöre dieser Gruss quasi zum Fahrservice dazu. Und noch mehr: Dort mache man die Fahrgäste auch auf eisige Stellen bei Haltestellen aufmerksam. Dem Ex-Berner fehlt die Freundlichkeit bei den hiesigen Buschauffeuren. Er schlug deshalb vor, das Personal von

Stadtbus entsprechend zu schulen und so Punkte für den öffentlichen Verkehr zu sammeln. Stadtrat Matthias Gfeller (Grüne) konnte ihm nur beipflichten: Auch er möge die Berner Buschauffeure. Von den Stadtbus-Angestellten aber zu verlangen, sie müssten auf vereiste Stellen aufmerksam machen, fand er dennoch zu viel des Guten. Schon jetzt schule Stadtbus das Personal doppelt so intensiv wie andernorts üblich.

Bauvorsteherin Pearl Pedernana (SP) merkt den Spardruck. Obwohl nach einem Hangrutsch die Eichlerstrasse zwischen Ricketwil und Eidberg auf rund 30 Metern einspurig abgesperrt ist, hat das Baudepartement die Strasse nicht repariert. Thomas Lee-mann (FDP) wollte von der Stadträtin wissen, wann die Strasse saniert werde. Geologen und Baufachleute würden den Hang beobachten und eine möglichst kostengünstige Sanierung planen, antwortete Pedernana. Im Bud-

get 2015 sei ein Posten dafür vorgesehen, aber eine komplette Sanierung könne sich die Stadt nicht leisten. «Das Ziel ist, dass die Strasse einspurig befahrbar wird.»

Geld ausgeben wollte Gemeinderat Felix Helg (FDP). Er wollte von Stadträtin Barbara Günthard-Maier (FDP) wissen, wieso Winterthur keine eigene Wetterstation hat und ob der Stadtrat Voraussetzungen schaffen könnte für den Betrieb einer Messstation. Die Stadt hat aber bereits mehrere Wetterstationen. Dies hat nicht nur Helg, sondern auch Günthard selbst über-rascht. «Bis vor vier Stunden dachte auch ich, es gebe keine Messstation in der Stadt», so die Polizeivorsteherin. Die Firma Meteo Media AG betreibe aber bei ihr «um die Ecke» eine von mehreren Stationen, wie sie bei Recherchen herausgefunden habe. Näherlich auf dem Dach der Kantonsschule Im Lee.

## Nettere Buschauffeure, bitte!

## AUSSERDEM IM RAT

### Sorge um den «Landboten»

In einer Fraktionserklärung sprach die SP gestern ihre tiefe Besorgnis um die Zukunft des «Landboten» aus. Mit dem vorgesehenen Stellenabbau bei der Ziegler Druck- und Verlags-AG seien Qualitätseinbussen verbunden, die auch zulasten der Bevölkerung gingen. Zudem biete die Tamedia-Führung den Entlassenen keinen Sozialplan, was zu Mehrausgaben im Sozialbereich führe.

### Entscheid über Kiffen vertagt

Obwohl eher Kiffer als träge gelten, kamen gestern auch die Parlamentarier nur langsam mit ihren Traktanden voran. Einige Geschäfte mussten auf die nächste Sitzung vertagt werden. So auch die Abstimmung über den Vorstoss von Karin Cometta-Müller (GLP) und Marc Wäckerlin (Piraten). Sie fordern von der Stadt die Beteiligung an einem Pilotprojekt zum Cannabiskonsum und wollen prüfen lassen, ob Kiffen legalisiert werden könnte. (nak)